internationaler tag der pressefreiheit

REPORTER OHNE GRENZEN

taz panterstiftung

Ohne Pressefreiheit keine Freiheit. Unser Dank gilt allen Journalist*innen weltweit, die trotz Repressionen versuchen, frei und unabhängig zu berichten

Ermordet oder verhaftet, aber nicht vergessen

„Wir zeichnen ermordete und inhaftierte Journalist:innen aus der ganzen Welt, weil wir ihren Mut bewundern und ihnen ein Denkmal setzen wollen." Dies schreiben Susanne Köhler und Gerhard Keller auf ihrer Projektwebseite **wahrheitskaempfer.de.** Dort haben sie beginnend nach dem Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* 2015 mehr als 800 Portraits gesammelt. Sie sind in verschiedenen Stilen und stammen von Künstler:innen aus dem In- und Ausland. Ergänzt werden die Bilder jeweils um Informationen zu den Personen. So entstand ein einzigartiges Archiv weltweiter Unterdrückung der Pressefreiheit. Zugleich ist es ein beeindruckendes Denk- und Mahnmal für diejenigen, die für freie und unabhängige Information ihr Leben oder ihre Freiheit gelassen haben. Wahrheitskämpfer ist ein offenes Projekt: Wer sich das Portraitzeichnen oder -schreiben zutraut, ist eingeladen mitzumachen. Wir zeigen hier exemplarisch einige Portraits.

Editorial

Trumps Angriff auf die Medien

US-Präsident Donald Trump dominiert mit seiner Politik die Schlagzeilen. Damit drängt er andere wichtige Themen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Zugleich lässt er nichts aus, um traditionelle Medien anzugreifen und unabhängigen Journalisten die Arbeit zu erschweren. Seine Regierung erkennt nicht einmal mehr Gerichtsurteile an. Trump straft dabei nicht nur Medien ab, die journalistische Standards verteidigen, sondern greift auch Reporter persönlich an. Wir widmen uns deshalb auf vier Schwerpunktseiten (**IV–VII**) der Pressefreiheit in den USA. Dabei zeigt ein Blick auf die lokale Ebene aber auch alternative Medien, die Hoffnung machen.

Unfassbar ist, dass im Gazakrieg laut Reporter ohne Grenzen bisher fast 200 palästinensische Journalisten vom israelischen Militär getötet wurden, davon 43 bei Ausübung ihres Berufes. Die Kriegsberichterstattung über Gaza, wo auch die Hamas keine unabhängigen Medien zulässt, hat viele Redaktionen gespalten und zu Anfeindungen bis hin zu massiven Bedrohungen von Journalisten geführt. Von Letzterem ist auch die taz betroffen wie inzwischen auch von einer Einschüchterungsklage (Slapp). Der Versuch, solchen rechtsmissbräuchlichen Klagen einen Riegel vorzuschieben, ist ein weiteres Thema dieser Beilage wie auch die Bedrohung von Exiljournalisten durch ihre Heimatregierungen. *Sven Hansen*

Druck auf unabhängige Medien

Medien werden zensiert, Reporter*innen eingeschüchtert. In vielen Ländern ist Journalismus zudem ein lebensgefährlicher Beruf

Von **Anja Osterhaus**

Die Bilanz am internationalen Tag der Pressefreiheit ist ernüchternd. Journalist*innen sind nicht nur wachsenden Bedrohungen und Risiken ausgesetzt. Auch der wirtschaftliche Druck auf Medienschaffende hat in den vergangenen Jahren weltweit weiter zugenommen: Die wachsende Medienkonzentration wird besonders problematisch, wenn Medienunternehmer*innen ihre meinungsbildende Macht zu politischen Zwecken missbrauchen.

Der Rückgang von Anzeigen und Abos und der Druck durch Anzeigenkunden werden in einkommensschwachen Ländern durch den drastischen Rückgang der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit verschärft. Medien sehen sich der großen Herausforderung ausgesetzt, ihre redaktionelle Unabhängigkeit zu erhalten und gleichzeitig ihr wirtschaftliches Überleben zu sichern.

Doch damit nicht genug: Immer mehr Regierungen attackieren kritische Berichterstattung, gezielte Kampagnen gegen Medienschaffende nehmen zu. Auch in Deutschland verzeichnen wir Übergriffe auf Medienschaffende und in Teilen der Gesellschaft eine pressefeindliche Stimmung, die weit über berechtigte Medienkritik hinausgeht. Wie erhalten wir unsere Grundrechte, wenn sie in vielen anderen liberalen Demokratien – allen voran den USA – zu bröckeln drohen?

Die Vereinigten Staaten galten einst als Garant für Pressefreiheit. Doch aktuell prägt eine aggressive Rhetorik gegen Medien das Klima. Kaum ein Tag vergeht, an dem Präsident Donald Trump die Presse nicht attackiert. Er bezeichnet Medien, die er nicht mag, als „korrupt" und „illegal". Ihre kritischen Berichte seien Teil einer „Hexenjagd" gegen ihn.

Seit seinem Amtsantritt versucht die Regierung systematisch, kritische Berichterstattung zu erschweren, indem sie unter anderem Trump-nahe Influencer*innen in das Weiße Haus einlädt und etablierte Medien ausschließt. Wichtigen staatlich geförderten Medien wie *Voice of America (VOA)* will Trump außerdem die Unterstützung entziehen. Die US-Auslandssender sind für Millionen von Menschen – vor allem in autoritären Regimen – eine wichtige Informationsquelle und Alternative zur staatlichen Propaganda. Zusammen mit den Mitarbeitenden von *VOA* hat RSF dagegen Klage eingereicht und einen ersten Sieg erstritten: Ein Bundesrichter hat die US-Regierung angewiesen, die Abwicklung mehrerer amerikanischer Auslandssender wieder rückgängig zu machen.

Foto: Anke Phoebe Peters

Anja Osterhaus

ist seit 15. April 2024 Geschäftsführerin für Politik und Strategie von Reporter ohne Grenzen in Berlin. Davor arbeitete sie unter anderem für Oxfam Deutschland und im internationalen Sekretariat von Transparency International.

In Serbien eskaliert die Gewalt gegen Journalist*innen: Medienschaffende wurden bei Protesten brutal attackiert, unabhängige Redaktionen sehen sich mit juristischen Schikanen konfrontiert: Einschüchterungsklagen, sogenannte Slapp-Klagen, sollen eine kritische Berichterstattung ersticken. Die serbische Regierung zeigt wenig Interesse daran, diese Entwicklungen zu stoppen.

Gleichzeitig wird das Land zum Zentrum russischer Propaganda: Medien wie RT Balkan operieren ohne Transparenz und beeinflussen gezielt die öffentliche Meinung. Die serbische Regierung verteidigt diese Praktiken und verweigert eine Regulierung russischer Staatsmedien.

Dass Deutschland vergleichsweise gut dasteht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch hier Handlungsbedarf gibt. Die scheidende Ampelkoalition hat es nicht geschafft, zukunftsweisende Verbesserungen im medienpolitischen Bereich auf den Weg zu bringen. Vieles blieb auf der Strecke, vom Recht auf Verschlüsselung zum Schutz journalistischer Quellen über ein Gesetz gegen digitale Gewalt bis zur Anerkennung des gemeinnützigen Journalismus.

Die neue Bundesregierung wird beweisen müssen, ob sie den Schutz der Medien voranbringen will, wie im Koalitionsvertrag versprochen. Dringender Handlungsbedarf besteht beispielsweise bei der Umsetzung der Anti-Slapp-Richtlinie, weil die von der EU gesetzte Frist bald abläuft.

Schlechte Nachrichten gibt es hingegen im Bereich der digitalen Sicherheit: Von der juristisch umstrittenen IP-Vorratsdatenspeicherung, dem biometrischen Abgleich von öffentlichen Internetdaten bis zum Einsatz von Staatstrojanern bei der Bundespolizei zeigt der Koalitionsvertrag ein Missverhältnis zwischen der Einführung zahlreicher neuer Überwachungsbefugnisse für Sicherheitsbehörden und der Achtung von Menschen- und Grundrechten. Wenn tief in die Privatsphäre und die vertrauliche Kommunikation eingegriffen wird, wirkt sich das auf den freien und unabhängigen Journalismus aus.

Repression kennt keine Grenzen

Auch im Exil sind Journalisten nicht vor Verfolgung aus ihrer Heimat sicher. Laut Betroffenen biete die deutsche Polizei zwar Schutz, doch fehle hierzulande das Bewusstsein über transnationale Repression. Ein neues Bündnis will das ändern

Von **Marina Mai**

Der saudische Journalist Jamal Kashoggi ist im Oktober 2018 im Konsulat seine Landes in Istanbul ermordet worden. Er hatte dort Papiere für seine Heirat abholen wollen. Doch wurde er seitdem nie wieder gesehen. Ermittler gehen davon aus, dass er im Konsulat ermordet und zerstückelt wurde, die Leichenteile wurden nie gefunden. Laut Geheimdienstinformationen seien 15 Männer aus Saudi-Arabien eigens für den Mord in die Türkei geflogen. Alle Indizien belasten den saudischen Geheimdienst.

Khashoggi hatte als Gegner des saudischen Königshauses 2017 sein Heimatland verlassen müssen. In den USA schrieb er für die *Washington Post* über seine Heimat und hielt sich öfter in der Türkei auf. Dass Journalisten, Exilpolitiker und geflohene Menschenrechtler auch im Exil von Geheimdiensten ihrer Herkunftsländer verfolgt, bedroht und sogar getötet werden, um sie zum Schweigen zu bringen, kommt leider öfter vor. Auch in Deutschland. Dies wird transnationale Repression genannt. 2023 und 2024 diskutierten das Bundestagsabgeordnete jeweils bei einem parlamentarischen Frühstück.

Zu Gast war etwa die chinesische Journalistin Su Yutong. Sie floh 2010 nach Deutschland, nachdem sie in China Tagebücher des früheren Ministerpräsidenten Li Peng verbreitet hatte. Die sind dort inzwischen verboten. Doch auch in Deutschland, von wo aus Su Yutong weiter ihre Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen in China erhob, verfolgte sie das Regime, berichtete sie im Bundestag. Ihre Adresse und ihre Fotos seien auf Sex-Dating-Seiten gepostet worden, so dass ständig Männer bei ihr klingelten, die Sex wollten. Über soziale Medien sei sie bedroht, bei Protesten gegen Chinas Regierung fotografiert und eingeschüchtert worden. Unter ihrem Namen seien Hotels gebucht worden, auf eine Art, dass Geheimdienste sie mit Bombendrohungen gegen ein Hotel in Verbindung gebracht hätten. Heute wird Su Yutong von der deutschen Polizei beschützt, die ihr zum Umzug geraten hatte. Ihre Adresse ist über Auskunftsdateien nicht mehr zu finden.

Laut der US-Nichtregierungsorganisation Freedom House haben in den letzten zehn Jahren mindestens zwölf ausländische Regierungen Staatsangehörige in Deutschland mit transnationaler Repressionen verfolgt. Dazu zählen neben China auch Russland, Belarus, Ägypten, Türkei, Vietnam, Iran und Aserbaidschan. Doch erfasst sind nur öffentlich bekannte Fälle. Etwa der spektakuläre „Tiergartenmord“ 2019, als ein russischer Agent im Auftrag des russischen Geheimdienstes einen nach Deutschland geflohenen Georgier ermordete. Oder aber Fälle, wo das Opfer wie Su Yutong als Journalistin ihren Fall selbst öffentlich machen konnte. Viele Betroffene fügen sich dem Druck autoritärer Regimes oder sehen keine Möglichkeit, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Eine hohe Dunkelziffer ist wahrscheinlich.

Beim parlamentarischen Frühstück berichtete der türkische Journalist Erk Acarer, dass er 2021 im Berliner Exil von drei Männern geschlagen wurde. Er habe sie erkannt und rechten Kräften aus der Türkei zugeordnet. Andere Betroffene berichteten von Cyberangriffen, von Versuchen autoritärer Regime, Spionagesoftware auf ihrem Handy zu installieren sowie von Einschüchterungen ihrer im Herkunftsland lebenden Familienangehörigen, damit sie selbst schweigen. Sie berichteten von Geheimdienstlern ihrer Heimatländer, die in Deutschland als Geschäftsleute oder Diplomaten leben und auf die Diaspora einwirken, um Menschenrechtler und kritische Journalisten zu isolieren und auszuspionieren.

So bekommen mehrere Journalisten aus der Türkei und Vietnam in Deutschland Personenschutz. Sie lobten den guten Schutz der Polizei, kritisierten aber, dass das Thema transnationale Repression in öffentlichen Debatten bisher kaum vorkomme. Sie wünschten eine Ansprechperson der Bundesregierung für die Opfer. So wurde das Thema zwar im Koalitionsvertrag der Ampelregierung wie auch derzeit von Schwarz-Rot benannt. Doch passiere jenseits der Polizeiarbeit wenig. Polizeischutz bekämen auch nur Opfer, die sich selbst outen oder eher zufällig der Polizei bekannt werden. Zudem warte man bei vielen Ermittlungen gegen mutmaßliche Täter, die mitunter im Ausland leben oder Diplomatenstatus haben, seit Jahren auf handfeste Ergebnisse..

Letzten Sommer schlossen sich auf Initiative der Tibet Initiative elf Menschenrechts- und Exilorganisationen zur „Koalition gegen Transnationale Repression in Deutschland“ zusammen. „Wenn Menschen in Deutschland verfolgt werden, sind sie bislang mit ihren Ängsten allein“, sagt David Missal von der Tibet Initiative. „Transnationale Repression ist nicht nur eine Bedrohung für Einzelpersonen, sondern auch eine Herausforderung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“ Da Transnationale Repression das Potenzial habe, Grundfreiheiten zu beeinträchtigen, richte es sich auch gegen die Bundesrepublik selbst. Zur Koalition gehören auch die Belarussische Gemeinschaft Razam, die auf Vietnam spezialisierte Menschenrechtsorganisation Veto! sowie Reporter ohne Grenzen. Die Koalition will eine starke Stimme für Betroffene sein, die Öffentlichkeit sensibilisieren und politisch beraten. Denn transnationale Repression nimmt zu, was Sophie von Waitz von Reporter ohne Grenzen dem weltweit zunehmenden Autoritarismus zuschreibt.

Marina Mai ist freie Journalistin und taz-Autorin in Berlin.

Pawel Grigorjewitsch Scheremet

28. 11. 1971–20. 7. 2016: Er war ein regimekritischer belarussischer und später russischer Radio-, Fernseh- und Internetjournalist. In Belarus saß er **zweimal im Gefängnis**, ihm wurde die Staatsbürgerschaft aberkannt, worauf er für russische Medien arbeitete. Er starb in Kyjiw durch die **Explosion einer Autobombe** mußmaßlich des belarussischen Geheimdienstes.

Künstlerin: Angelika Bomhard Wey

Rafael Murúa Manriquez

1985-2019: Der mexikanische Reporter des Radiosenders Kashana in Santa Rosalina (Baja California Sur) berichtete über Menschenrechte, Umweltschutz und Kultur. Seit 2017 wurde er Opfer von Belästigungen und Bedrohungen. Nachdem konkrete Morddrohungen von kriminellen Banden und örtlichen Beamten gegen ihn vorlagen, wurde er in ein bundesweites Schutzprogramm aufgenommen. Er berichtete weiter über Justiz und Sicherheit und kritisierte den Bürgermeister von Mulegé in einem Kommentar. Am 20. Januar 2019 wurde er **entführt**. **Die Leiche** des damals 34-Jährigen wurde bald darauf mit zahlreichen Stichwunden am Straßenrand zwischen Santa Rosalia und San Ignacio gefunden.

Künstler: Johannes Stahl

Im Exil bedrohte Töchter, in der Heimat verhafteter Vater

Ägyptische Journalisten sind im europäischen Exil nicht sicher. Angehörige werden in der Heimat bedroht und manchmal gar als Geiseln genommen

Von **Joseph Kamel**

Seit 2014 in Ägypten Abdel Fattah al-Sisi Präsident wurde, ist die Pressefreiheit dort weiter eingeschränkt worden. Das Land am Nil zählt zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Derzeit sitzen 20 Journalisten im Gefängnis, davon warten 15 seit mehr als zwei Jahren in der Untersuchungshaft auf ihren Prozess. Doch verfolgen die ägyptischen Behörden auch Journalisten in Europa.

Im Juni 2024 nahm die nach Deutschland geflohene Journalistin Basma Mostafa an einem UNO-Programm für Menschenrechtsverteidiger in Genf teil. Als sie mit Kollegen in der Hotellobby saß, näherte sich ein Mann, stellte sich als Marokkaner vor und begann ein beunruhigendes Gespräch. Da sie seine Identität anzweifelte, forderte Mostafa ihn auf zu gehen und drohte, die Polizei zu rufen. Da ließ der Mann seine Fassade fallen, wechselte in einen ägyptischen Dialekt und warnte sie: „Ich kenne Sie, Sie sind Ägypterin, und ich bin Polizist und kann Sie auf der Stelle verhaften“, berichtete Mostafa. Da sei ihr klar geworden, dass sie vor einem weiteren Kapitel ihrer Verfolgung stehe, seit sie im Jahr 2020 mit ihrer Familie aus Angst vor Inhaftierung aus Ägypten geflohen sei.

Als Journalistin hatte Mostafa in Ägypten zahlreiche investigative Berichte verfasst, darunter einen wichtigen Artikel über den Mord an dem italienischen Doktoranden Giulio Regeni Anfang 2016 in Kairo. Laut der italienischen Regierung folterten und töteten ihn ägyptische Sicherheitskräfte. Nachdem Mostafa dreimal wegen ihrer Berichterstattung verhaftet worden und ständigen Drohungen ausgesetzt war, floh sie mit ihrem Ehemann und ihren Töchtern. In Deutschland glaubte sie, endlich in Sicherheit zu sein. Doch schon bald fühlte sie sich erneut verfolgt.

„Ich wurde im Libanon, in Kenia, Deutschland und in der Schweiz verfolgt. Einmal ging es sogar so weit, dass man mir drohte, meinen Töchtern hier in Berlin etwas anzutun“, sagt Mostafa. Im Dezember 2024 äußerten fünf UN-Sonderberichterstatter in einem Brief an die ägyptische Regierung ihre Besorgnis über Mostafas „anhaltende Schikane und transnationale Unterdrückung“, darunter körperliche Übergriffe, Einschüchterung, Überwachung und versuchte Cyber-Hacking-Angriffe. Die UN-Sonderberichterstatter wiesen darauf hin, dass ihr Fall Teil eines systematischen Musters ist, das sich gegen Menschenrechtsverteidigerinnen in Ägypten richtet.

Im August 2023 verhafteten ägyptische Sicherheitskräfte den Vater von Ahmed Gamal Ziada, einem in Belgien lebenden Journalisten. Die Verhaftung erfolgte nur wenige Monate, nachdem Ziada das unabhängige Nachrichtenportal Zawia3 (Dritte Perspektive) gegründet hatte, das kritisch über Ägypten berichtet.

Die Verfolgung von Angehörigen im Exil lebender Journalisten und Dissidenten ist in Ägypten längst gängige Praxis. Laut Menschenrechtsorganisationen nutzen Sicherheitsbehörden Familienmitglieder als „Geiseln“, um von oppositionellen Aktivitäten im Ausland abzuschrecken oder um Vergeltung zu üben. Ziada hatte Ägypten im Jahr 2020 verlassen, nachdem er zuvor zu einer 17-monatigen Haftstrafe verurteilt worden war. „Mein Journalismus scheint sie verärgert zu haben, und da ich außer Reichweite war, wurde beschlossen, mich zu bestrafen, indem man meinen Vater verhaftete“, sagte Ziada. Sein Vater wurde nach einem Monat in Haft freigelassen, doch hörten die Schikanen nicht auf. So blockierten im vergangenen Februar Ägyptens Behörden ohne Gerichtsbeschluss den Zugang zu Zawia3 in Ägypten.

Joseph Kamel ist ein aus Sicherheitsgründen gewähltes Pseudonym. Der Autor hat bei Projekten der taz Panter Stiftung mitgewirkt.

Recht haben oder Recht missbrauchen?

Die EU-Kommission hat das Problem rechtsmissbräuchlicher Einschüchterungsklagen (Slapps) gegen Journalist*innen erkannt. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug

Von **Ilja Braun**

Wie arbeiten russische Geheimdienste? Darum geht es in dem Buch „The Compatriots“ des im Exil lebenden russischen Investigativjournalisten Andrej Soldatow. Seit Oktober 2023 darf die E-Book-Ausgabe dieses Buches in Deutschland allerdings nicht mehr vertrieben werden. Obwohl es bereits 2019 veröffentlicht wurde, hatte ein dafür interviewter russischer Geschäftsmann im August 2023, also vier Jahre später, darin falsche Aussagen über sich entdeckt und die Veröffentlichung durch eine einstweilige Verfügung sperren lassen. So etwas ist aber nur möglich, wenn der Betroffene gravierende Nachteile erleiden würde, falls nicht sofort etwas geschieht.

Warum aber soll es vier Jahre nach Veröffentlichung plötzlich so dringlich sein? Und wie glaubhaft ist es, wenn jemand versichert, er habe Falschaussagen über sich selbst erst so spät zur Kenntnis genommen? Während das Landgericht Hamburg dem Antrag stattgab, hatte Soldatow vor dem Oberlandesgericht Hamburg 2024 schließlich Erfolg.

Zu Ende war der Konflikt damit noch nicht. In einem parallelen Hauptsacheverfahren einigten sich beide Seiten auf einen außergerichtlichen Vergleich. Soldatow muss jetzt sachliche Fehler in seinem Text korrigieren, beide Seiten tragen ihre Anwaltskosten selbst. Damit sind allerdings auch die weiterreichenden Forderungen des Geschäftsmanns vom Tisch, der noch eine Geldentschädigung im fünfstelligen Bereich sowie Schadenersatz geltend machen wollte.

Die juristischen Details sind kompliziert. Auffällig ist aber: Eine Streitigkeit über einzelne Falschaussagen in einem Sachbuch, die ohne größeren Aufwand hätten korrigiert werden können, kann nicht nur zu einem Vertriebsverbot führen, sondern auch zu exorbitanten Schadenersatz- und Entschädigungsforderungen und hohen Anwaltskosten. Nicht zuletzt auch zu einem aufwändigen Prozess mit ungewissem Ausgang, der die Betroffenen über Jahre in Beschlag nimmt.

Selbst schuld, weil in dem Buch tatsächlich falsche Aussagen gemacht wurden? Oder trotzdem unverhältnismäßig und ein Missbrauch juristischer Mittel seitens des Klägers? Das sind genau die Fragen, die sich typischerweise bei solchen Auseinandersetzungen stellen. Selten ist eine Seite komplett im Recht, die andere zu 100 Prozent im Unrecht. Und auch bei David-gegen-Goliath-Auseinandersetzungen kann sich am Ende herausstellen, dass eher Goliath recht hatte. Wahr ist aber auch: Goliath hat meist viel mehr Geld, kann sich die besseren Jurist*innen leisten und damit eine öffentliche Auseinandersetzung auch dort verhindern, wo er nicht im Recht ist.

So versuchen immer öfter Unternehmen oder wohlhabende Einzelpersonen, mit juristischen Mitteln gegen unliebsame Veröffentlichungen vorzugehen. Oft liegt dabei der Verdacht nahe, dass es im Kern darum geht, Berichterstattung zu behindern und/oder die Autor*innen zu diskreditieren. Das Kernproblem: Auseinandersetzungen, die Teil eines offenen und öffentlichen Diskurses sein sollten, werden immer öfter in Gerichtssäle verlagert.

Gerade Freiberufler*innen und zivilgesellschaftlich aktive Privatpersonen können sich teure Anwälte oft nicht leisten und knicken lieber ein, wenn die ersten Anwaltsschreiben im Briefkasten landen. Genau das ist oft beabsichtigt. Die Aussicht, in einen sogenannten Slapp (siehe Kasten) verwickelt zu werden, soll abschrecken. Dabei geht es den Klägern nicht in erster Linie darum, vor Gericht recht zu bekommen, sondern sie versuchen, die Gegenseite in langwierige, teure und nervenaufreibende Gerichtsprozesse zu verwickeln.

In der gesamten Europäischen Union wurden zwischen 2010 und 2023 insgesamt 1.049 Slapp-Klagen auf den Weg gebracht, davon 166 im Jahr 2023. Die Zahl stammt aus dem Jahresbericht 2024 von Case, einer europäischen Anti-Slapp-NGO. Mit 135 Fällen ist Polen Spitzenreiter vor Malta (91) und Frankreich (90). Gezählt wurden dort aber nur richtige Klagen. Die Dunkelziffer anwaltlicher „Drohbriefe“, missbräuchlicher Abmahnungen und ähnlicher Einschüchterungsversuche, nach denen es oft gar nicht mehr zum Prozess kommt, dürfte noch viel höher sein.

Die Europäische Kommission erkannte das Problem und verabschiedete am 11. April 2024 eine Richtlinie, die Slapp-Betroffene besser schützen soll. Gerichte sollen offenkundig rechtsmissbräuchliche Klagen frühzeitig abweisen und Klägern die Verfahrenskosten sowie Schadenersatzzahlungen aufbürden können. Die Mitgliedsstaaten haben noch bis Mai 2026 Zeit, die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.

Doch die EU hat nur begrenzte Kompetenzen. Deshalb gelten die Schutzmaßnahmen, die mit der Richtlinie eingeführt werden sollen, nur für grenzüberschreitende Slapp-Fälle, bei denen Kläger und Beklagte also nicht im selben Mitgliedsstaat ansässig sind. Zwar empfiehlt die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten, für innerstaatliche Einschüchterungsklagen möglichst dasselbe Schutzniveau zu etablieren. Verbindlich vorgeben kann sie das jedoch nicht.

In Deutschland ist gesetzgeberisch in Sachen Slapps noch überhaupt nichts passiert. Umso mehr tut sich auf zivilgesellschaftlicher Seite. Seit 2023 gibt es den Gegenrechtsschutz, einen Fonds, der Betroffene unterstützt, die von rechten Akteuren juristisch belangt werden. Schon seit 2020 hilft der „Prinzenfonds“ Historikern und Journalistinnen, die von Prinz Georg Friedrich von Preußen vor Gericht gezerrt werden, weil sie im Zusammenhang mit Entschädigungsforderungen der Hohenzollern für die Enteignung von Immobilien nach 1945 angeblich Falschaussagen verbreitet haben. Und 2024 haben einige zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die großen Journalist*innen-Verbände, eine No-Slapp-Anlaufstelle ins Leben gerufen, die Betroffene vernetzt und an spezialisierte Anwält*innen verweist.

Doch auf die Dauer kann es nicht der Zivilgesellschaft überlassen bleiben, gegen die zunehmende Zahl an Slapps anzukämpfen. Es braucht auch gesetzlichen Schutz, der insbesondere das Kostenrisiko für Slapp-Betroffene und damit das für Slapp-Klagen typische Machtungleichgewicht reduziert. Dafür zu sorgen, liegt in der Verantwortung des Staats. Schließlich ist das Justizsystem, das bei solchen Klagen missbraucht wird, ein integraler Bestandteil des Rechtsstaats selbst.

Mit einem Policy Paper und einer von der taz unterstützten Kampagne hat das deutsche No-Slapp-Bündnis (dem auch der Autor dieses Textes angehört) kürzlich darauf gedrängt, dass ein Bekenntnis zu einem starken Schutz vor Einschüchterungsklagen in den neuen Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Mit Erfolg: Es steht jetzt drin, dass die EU-Slapp-Richtlinie „zeitnah“ in deutsches Recht umgesetzt werden soll, „um zu verhindern, dass unser Rechtsstaat und unsere Justiz zur Einschüchterung, zum Beispiel von Journalisten sowie zivilgesellschaftlich Engagierten, missbraucht werden“. Bis spätestens 2026 steht die Umsetzung der Richtlinie sowieso an. Die Frage ist, ob die neue Regierung sich dabei auf den EU-Mindeststandard beschränken will. Oder ob die Schutzmaßnahmen, die künftig für grenzüberschreitende Slapps gelten werden, auch für Verfahren gelten, bei denen Kläger und Beklagte beide in Deutschland ansässig sind.

Immer öfter gehen Firmen oder wohlhabende Personen juristisch gegen unliebsame Berichte vor

Ilja Braun ist freier Journalist mit Schwerpunkt Medienpolitik. Bis Januar 2024 arbeitete er bei Reporter ohne Grenzen zum Thema Slapp.

Slapps gefährden die Meinungsfreiheit

Strategic Lawsuits Against Public Participation (Slapp) heißt wörtlich „strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“. Slap ist zugleich englisch für ohrfeigen, schlagen, wobei Slapp missbräuchliche rechtliche Schritte meint, die kritische Stimmen einschüchtern und von unerwünschter Berichterstattung abschrecken sollen. Das reicht von Abmahnungen bis hin zu teuren, zeitaufwändigen und nervenaufreibenden Gerichtsverfahren: Unternehmen, ressourcenstarke Einzelpersonen sowie unethisch handelnde politische Akteure setzen so juristische Mittel missbräuchlich zur Abschreckung kritischer Öffentlichkeit ein. Slapps häufen sich in ganz Europa und stellen eine Bedrohung insbesondere für den unabhängigen Journalismus dar, zielen aber auch auf Aktivisten.

Hero Bahadin

1997–23. 8. 2024: Die irakisch-kurdische Videoredakteurin arbeite für Sterk TV, einem der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) nahestehenden Sender. Am 23. August 2024 fuhr die 27-Jährige mit weiteren Personen in einem Auto auf einer Straße östlich von Sulaymaniyyah in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak. **Ein gezielter türkischer Drohnenangriff traf den Wagen**. Hero Bahadin starb sofort, auch eine Kollegin, eine andere überlebte. Die Türkei nannte die getötete Kollegin eine „Terroristin der PKK“. Reporter ohne Grenzen verurteilte den Angriff als „abscheuliches Verbrechen gegen kurdische Journalisten“ und forderte vollständige Aufklärung. *Künstlerin: Huriye Genc*

News und Austausch

„*Documented New York*" will gemeinschaftsorientierten Lokaljournalismus für Migranten nicht nur in deren Sprachen, sondern auch für sie und mit ihnen

Protokolle **Julia Belzig**

Die Motivation für *Documented New York* entstand 2018 durch unsere Co-Gründer Mazin Sidahmed und Max Siegelbaum. Ursprünglich ging es um die Berichterstattung über die Family Separation Policy während der ersten Trump-Präsidentschaft. Damals wurden Familien, die ohne gültige Papiere die Grenze überquerten, getrennt – Eltern kamen in Haft, Kinder in separate Einrichtungen.

Auf nationaler Ebene wurde viel darüber berichtet – auf lokaler Ebene nicht genug. Und das, obwohl die Regulierungen dort das Leben von Leuten treffen. So ist die Idee für unser Nachrichtenportal entstanden. Eine unserer Grundprinzipien ist, Journalismus nicht über Migrant*innen, sondern für und mit ihnen auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

In New York leben 700.000 Menschen, die Spanisch sprechen, 500.000, die Chinesisch sprechen, und 30.000, die haitianisches Kreol sprechen. Nicht alle von ihnen sprechen gut Englisch oder konsumieren englischsprachige Medien. Der Ansatz unserer digitalen Plattform *Documented New York* ist gemeinschaftsorientierter Journalismus. Das heißt, wir schreiben nicht nur über Themen, die für die jeweilige migrantische Community wichtig sind, sondern wir interagieren auch mit ihnen, beantworten ihre Fragen und haben so auch ein gutes Gespür dafür, was sie beschäftigen. Deshalb nutzen wir unterschiedliche Plattformen, um die Menschen zu erreichen. Für spanischsprechende Menschen ist es WhatsApp, die chinesische Community nutzt die App WeChat, viele karibischstämmige Menschen nutzen die NachbarschaftsApp Nextdoor. Dort bieten wir ihnen News, aber auch den Austausch.

Foto: privat

Rebecca Neuwirth ist Chief Strategy Officer bei *Documented New York*. Im Nonprofit-Sektor unterstützte sie zuvor Migrant*innen bei der Jobsuche und stärkte den Dialog zwischen amerikanischen Jüdinnen und Juden und anderen Gemeinschaften. Ihre Familie hat deutsche Wurzeln. Sie hat einen Bachelorabschluss von der Yale University sowie einen Magister der Freien Universität Berlin.

Obwohl wir ein kleiner Newsroom sind, ist unser innovatives Konzept der Zeit voraus. Unser Team besteht aus 15 Leuten, unsere Mitarbeiter*innen sind unglaublich motiviert und ihre Arbeit ist sehr wichtig. Sie kommen selbst aus den Communities, über die sie schreiben. Wir machen nicht nur Service-Journalismus und auch Investigativ-Journalismus. In Bedarfsanalysen, die wir erhoben haben, berichten Migrant*innen, dass ihnen drei Ansätze wichtig sind: weder als Kriminelle noch als Opfer dargestellt zu werden, der Zugang zu nützlichen Informationen und Nachrichten auf den Plattformen zu bekommen, die sie auch sonst benutzen.

Finanziert werden wir zu 92 Prozent von Stiftungen und Privatpersonen, weniger als 8 Prozent der Einnahmen kommen von Anzeigen und Werbung. Im ersten Quartal dieses Jahres haben wir eine Million Zugriffe auf allen Kanälen und Portalen erreicht. Durch Trump ist diese Zahl auch definitiv gestiegen.

Viele Communities bekommen ihre Nachrichten nicht von US-amerikanischen, englischsprachieen traditionellen Medien. Oft bekommen sie ihre News beispielsweise eher auf ihnen bekannten Social-Media-Plattformen. Das lässt aber auch Raum für viel Fehl- oder ideologisch-gefärbte Informationen – besonders in den letzten Jahren – mit gravierenden Konsequenzen. Bei der Präsidentschaftswahl 2024 war beispielsweise zu erkennen, dass viele Migrant*innen nach rechts gerutscht sind in ihrem Wahlverhalten. In anderen Fällen werden sie Opfer von Betrug und ihnen wird Geld aus der Tasche gezogen.

Ich denke, dass Lokalnachrichten dazu beitragen, dass Menschen tief mit dem Geschehen in ihrer Gemeinde verbunden sind. Sie helfen ihnen, sich zurechtzufinden, Kontakte zu knüpfen, aber auch, Chancen zu nutzen, gute Jobs zu finden und aktive, engagierte und informierte Bürger*innen zu sein. Dazu wollen wir mit *Documented New York* beitragen.

Nanou Kazaku

Die Radiojournalistin aus Goma, der Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu in der Demokratischen Republik Kongo, berichtete am 17. Februar 2021 über die gewaltsame Räumung von illegal besetztem Land und über die darauf folgende Demonstration im Viertel Keyshero. Die zum Teil bewaffneten Demonstranten lieferten sich Schusswechsel mit der Polizei, **als Kazaku eine Kugel traf**. Es blieb unklar, woher die Kugel abgefeuert wurde. Kazaku wurde im Krankenhaus operiert. Der Journalistenverband UNPC forderte von den Behörden eine ernsthafte Untersuchung. *Künstlerin: Verena Rossow*

Medien für Migrant*innen in den USA

Nicht englischsprachiger Journalismus hat in den USA eine lange Geschichte, die eng mit der Einwanderungsgeschichte des Landes verknüpft ist. Schon im 18. Jahrhundert erschienen Zeitungen auf Deutsch, später auch auf Italienisch, Jiddisch oder Chinesisch. Eine Zeit lang waren Deutsche die einflussreichste Gruppe in der ethnischen Presse. Ethnomedien sind in den USA (Massen-)Medien, die sich jeweils an bestimmte ethnische Migrantengruppen richten. Heute sind vor allem spanischsprachige Medien stark vertreten – mit großen Playern wie dem Fernsehsender *Univision* oder *Telemundo*, aber auch zahlreichen lokalen Radiosendern, Print- und Online-Angeboten. Anderssprachiger Journalismus informiert nicht nur über Nachrichten aus den Herkunftsländern, sondern auch über Politik, Alltag und Rechte in den USA. Er stärkt demokratische Teilhabe, gerade in den Communities, die vom Mainstream-Journalismus kaum erreicht werden. Die Reichweite ist beachtlich: *Univision* etwa erreicht regelmäßig Millionen Zuschauer*innen. Trotz ihrer Relevanz kämpfen viele dieser Medien mit Unterfinanzierung und politischem Druck – ihre Rolle als Brücke und Stimme bleibt dennoch zentral. *Julia Belzig*

Fakten für Migrant*innen

Das „*Borderless Magazine*" für Migrant*innen in Chicago will über Trumps Änderungen der Einwanderungspolitik informieren, ohne Ängste zu schüren

Borderless Magazine ist ein gemeinnütziges überparteiliches Nachrichtenmagazin in Chicago. Wir berichten über Migration und migrantische Communities in der Stadt. Eigentlich war *Boarderless* als kurzfristiges Projekt geplant, das sich wegen der mangelhaften Berichterstattung über den „Muslimban" herausgebildet hat, ein Dekret des US-Präsidenten Donald Trump 2017 aus seiner ersten Amtszeit. Uns wurde klar, dass Bedarf an einer dauerhafteren Lösung bestand, weshalb im Oktober 2019 unsere Webseite re-launched wurde und wir seitdem als *Borderless* veröffentlichen.

Chicago hat eine riesige Einwanderungsbevölkerung, etwa 20 Prozent unserer Stadt haben eine Einwanderungsgeschichte. Etwa jedes dritte Kind in unserem öffentlichen Schulsystem hat mindestens einen eingewanderten Elternteil. Gleichzeitig kann man einen massiven Rückgang von Medienhäusern beobachten. Dadurch entsteht eine große Lücke in der Berichterstattung über Migration – aber auch für Migrant*innen, die kein Englisch sprechen. Deshalb erscheinen alle unsere Artikel auf Englisch und Spanisch. Je nach Thema und redaktionellen Kapazitäten veröffentlichen wir auch in Mandarin, Dari-Farsi, Filipino und Arabisch.

Wir sind gemeinnützig, das heißt, wir finanzieren uns größtenteils durch Spenden. Alle unsere Geschichten sind ohne Paywall kostenlos lesbar und frei teilbar. Der Großteil unserer Finanzierung kommt von institutionellen Geldgebern, also Stiftungen, sowie von privaten Spenden. Während des ersten Quartals 2025 hatten wir 1,6 Millionen Aufrufe auf Instagram und knapp 50.000 Aufrufe unserer Webseite.

Die zweite Amtszeit von Präsident Trump beeinflusst unsere Arbeit auf zwei Ebenen: Zum einen gibt es fast täglich Veränderungen bei dem Thema Migration. Es ist wirklich eine Herausforderung, da den Überblick zu behalten. Vor allem, weil wir großen Wert darauf legen, Fakten zu liefern und keine Angst zu schüren. Zum anderen haben gemeinnützige Organisationen wie wir auch noch andere Probleme, so werden von der Regierung in beispiellosem Ausmaß angegriffen. So hat die Regierung anderen non-profit Organisationen die Gemeinnützigkeit entzogen – und es gibt Gerüchte, dass noch weitere folgen sollen.

Foto: privat

Nissa Rhee ist Executive Director des *Borderless Magazines*. Sie ist eine preisgekrönte Journalistin mit fast zwei Jahrzehnten Berufserfahrung, hat globale Themen als Produzentin bei Chicago Public Radio behandelt, war Auslandskorrespondentin in Südkorea und Vietnam für *The Christian Science Monitor* und recherchierte zur Reform des Strafjustizsystems in Chicago für City Bureau.

Sollte das passieren, könnten wir unsere ganze Finanzierung verlieren. Das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Wir erleben, wie Nachrichtenagenturen angegriffen werden. Ihnen werden Klagen angedroht oder sie werden tatsächlich verklagt. Für eine kleine Organisation wie unsere wäre eine Klage ein riesiges finanzielles Problem.

Und dann gibt es noch das Thema Einwanderung: Wir haben Teammitglieder, die keine US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, und sie oder ihre Familienangehörigen sind von allem, was passiert, betroffen. Das ist eine große Herausforderung, weil sich so vieles verändert und außerhalb unserer Kontrolle liegt.

Julia Belzig ist freie Journalistin in Berlin und war 2024 mit dem Daniel-Haufler-Stipendium der taz Panter Stiftung in den USA.

Adel Zourob

Der freiberufliche palästinensische Journalist arbeitete für mehrere Medien, darunter das der Terrororganisation Hamas nahestehende *Al-Aqsa Voice Radio*. Er postete Nachrichten zum Gazakrieg auf seiner Facebook-Seite und in Whatsapp-Gruppen. Am 18. Dezember 2023 traf ein israelischer Luftangriff das Haus seiner Familie in Rafah im südlichen Gazastreifen. **Der Journalist wurde zusammen mit 25 Familienmitgliedern getötet**. Die letzte Nachricht hatte er direkt vor seinem Tod verschickt. Seine Familie gehörte zu den wenigen im Gazastreifen, die in ihren eigenen Häusern geblieben waren.
Künstler: Patrick MacAllister

Maulana Siddique Mengal

Der pakistanische freie Lokaljournalist und Präsident des Khuzdar Press Club war in der Provinz Belutschistan auch Funktionär für die den Taliban nahestehende Partei Jamiat Ulema-e-Islam. Mengal wurde am Internationalen Tag der Pressefreiheit, dem 3. Mai 2024, **von einer Explosion getötet**, als er zur Moschee fuhr. Laut Polizei wurde die auf Mengals Auto zielende Bombe am Straßenrand gezündet. Medien berichteten hingegen, dass eine Person zuvor ein Päckchen auf das Auto warf. Es war bereits der zweite Anschlag auf ihn. Er ist der dritte ermordete Präsident des Khuzdar Press Club, von dem seit 2009 zehn Mitglieder ermordet wurden.
Künstler: CUCULUM (Axel Kuckuk)

Ryan Evans

1986–24. 8. 2024: Der walisische Brite arbeitete als Sicherheitsberater für Medien. Früher war er Soldat, dann wurde er Personenschützer für Diplomaten. Evans war einer von sechs Mitarbeitern der Nachrichtenagentur Reuters, deren Hotel in Kramatorsk (Ukraine) am 24. August 2024 **von einer russischen Rakete getroffen** wurde. Evans starb, zwei Kollegen wurden verletzt, davon ein Kameramann schwer.
Künstlerin: Maria von Stülpnagel

Wie Trumps Anti-Medien-Strategie Lokalzeitungen trifft

US-Präsident Donald Trump legt sich nicht nur mit renommierten Medien wie AP an, sondern sein Zorn triff auch kleine Zeitungen, wenn sie kritisch über seine Regierung berichten

Von **Felix Biermayer**

Den *Des Moines Register* gibt es seit 175 Jahren. Die Tageszeitung versorgt in Iowas Hauptstadt noch 27 000 Leser. Doch was die Lokalzeitung im letzten Dezember erlebte, gab es in ihrer Geschichte noch nicht: Der frisch gewählte Präsident Donald Trump verklagte den *Register*, dessen Mutterkonzern Gannett und die Meinungsforscherin J. Ann Selzer. Denn kurz vor der Wahl im November hatte der *Register* eine Umfrage veröffentlicht, in der Trump drei Prozentpunkte hinter seiner Konkurrentin Kamala Harris lag. Er gewann Iowa schließlich mit deutlichem Vorsprung.

Doch dieser Sieg reichte dem neuen Präsidenten nicht. Seine Anwälte sprachen von einem „falschen Narrativ“ durch die Umfrage und Hilfe für die Demokraten. Trump klagte wegen eines Verstoßes gegen den Iowa Consumer Fraud Act. Der soll Verbrauchertäuschung unterbinden. Der *Register* wehrt sich gegen die Vorwürfe und hat die Datengrundlage der Umfrage veröffentlicht. Das Distriktgericht von Polk County hat noch nicht entschieden. Erstmals gerät eine Lokalzeitung in Trumps Visier.

Laut der Chefredakteurin des *Guardian, US* Betsy Reed gehören solche Klagen zu Trumps Strategie gegen kritische Medien. Weitere Schritte seien: Zugang einschränken, Redaktionen mit einer Ereignisflut überfordern, mit Regulierungen deren Wirtschaftsmodelle untergraben, Menschen gegen die Medien bis hin zu Gewalt aufhetzen und Journalistinnen und Journalisten die Visa entziehen. „Die Medien zu attackieren ist das autoritäre Playbook“, sagt Reed. Treffen diese Strategien neben dem *Register* auch andere Lokalmedien?

Das Ziel dieser Klagen ist nicht unbedingt Schadenersatz. Es geht Trump darum, dass die Medien hohe Anwaltskosten haben und sich künftig vielleicht einmal mehr überlegen, an welche Geschichten sie sich herantrauen. Dass dieses Szenario viele Verleger beschäftigt, bestätigt Tim Franklin. Der Professor forscht an der Northwestern University in Illinois zu lokalen Medien. Allein die Drohung mit Klagen sorge schon wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage solcher Medien für Probleme, sagt er.

Diese Situation kennt Sarah Alvarez nur zu gut. Sie ist Chefredakteurin der lokalen Nachrichtenplattform *Outlier Media (OM)* in Detroit. Diese Non-Profit-Organisation schreibt vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen. Die anderen Zeitungen kümmerten sich hauptsächlich um reichere Menschen in den Vorstädten, sagt sie. *OM* stünden jährlich etwa 3,7 Millionen Dollar zur Verfügung.

Seit Trump an der Macht ist, nähmen Verleumdungsklagen zu. „Wir geben einen signifikanten Betrag für Anwälte aus“, sagt Alvarez. Die Klagen kämen nicht aus der Politik, sondern aus der Wirtschaft. Trotzdem macht Alvarez den Präsidenten für den Trend verantwortlich. „Trumps Message ist: Wenn du mit Berichterstattung unzufrieden bist, selbst wenn sie stimmt, solltest du klagen“, sagt sie. Das binde neben Geld weitere Ressourcen – und beeinflusse die Arbeit der Redaktion, auch wenn die Klagen alle erfolglos blieben. *(Zu diesen so genannten Slapp-Klagen siehe Seite III dieser Beilage)*

Von physischen Angriffen seien sie nicht betroffen, so Alvarez. *OM* sei sehr gut in der Community verwurzelt. Aber Franklin sieht allgemein einen Anstieg solcher Vorfälle. Eine TV-Journalistin in Texas habe etwa nach einem Bericht über die Randalierer des 6. Januar 2020 am Capitol eine wütende Meute vor ihrem Haus gehabt. Das New Yorker Committee to Protect Journalists berichtet von einer landesweiten Zunahme solcher Attacken. Auch Anfeindungen im Internet werden mehr.

Das Problem des Zugangs zu Informationen betrifft *OM* aber täglich. Wer Auskunft von Behörden will, muss in den USA oft Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz stellen. Die Antwort habe früher schon Wochen gedauert, sagt Alvarez. Heute seien es Monate. Politiker äußerten sich zudem eher über Social Media als Interviews zu geben. Und auch wenn lokale Medien nicht wie die Nachrichtenagentur AP zeitweise von Pressekonferenzen ausgeschlossen würden, sei der Zugang zu manchen Events schwierig. So hinderte die Campus-Polizei einen Studentenzeitungsjournalisten an der Berichterstattung über Proteste an der Universität in Wayne County. „Das ist ein Problem für die Pressefreiheit“, sagt sie.

Gefährlicher wird es, wenn die Reporter keine US-Staatsbürger sind. Mit diesem Problem kämpft Maritza Felix. Sie leitet die spanischsprachige Nachrichtenseite *Conecta Arizona (CA)*. Die liefert Inhalte für die hispanische Community auf beiden Seiten der Grenze zu Mexiko. Bei *CA* arbeiten rund 40 feste und freie Journalisten. Nur zwei haben einen US-Pass, aber alle eine Arbeitsgenehmigung, so Felix.

Trotzdem überlege sich die Redaktion sehr genau, wen sie zu welchen Terminen schicke. Bei Anti-Abschiebe-Protesten könne es rau zu gehen. Auch Journalisten kämen da schnell in Kontakt mit der Polizei. Sie besprächen intern, was in solchen Situationen zu tun ist. Aber als Nicht-Staatsbürger bleibe immer die Gefahr einer Festnahme – oder gar einer Abschiebung. „Wir sind braun, wir haben einen starken Akzent, wir sind das perfekte Ziel“, sagt Felix. Früher sei ihr Ratschlag gewesen, dass sich ihre Mitarbeiter vor so einem Termin gut mit Sonnenschutz eincremen. Heute rate sie dazu, sich die Nummer eines Anwalts auf den Arm zu schreiben. Die Situation sei journalistisch wie auch emotional belastend.

> **„Die Medien zu attackieren ist das autoritäre Playbook“**
> **Betsy Reed,**
> Chefredakteurin *Guardian US*

Wie *OM* basiert auch *CA* auf einem Non-Profit-Modell. Beide bekommen Spenden, zahlen keine Steuern. Die Inhalte sind kostenlos. Und auch wenn Alvarez und Felix mit dem Problem noch nicht konfrontiert wurden, gibt es laut Franklin die Befürchtung, dass Trump kritischen Non-Profit-Medien diesen Status entziehen könnte, zum Beispiel wegen vorgeblich fehlender Neutralität. Damit wäre deren wirtschaftliche Basis weg. Zwar gebe es einen verfassungsrechtlichen Schutz, erklärt Franklin. Trump würde mit dem Vorstoß vermutlich nicht durchkommen. „Aber könnte er in der Zwischenzeit Schaden anrichten? Sicher“, sagt er.

Auf das Non-Profit-Modell setzten in den letzen fünf Jahren viele neue lokale Medien. Mehr als die Hälfte der knapp 260 neuen Plattformen finanzieren sich laut Franklin so. Das liegt auch daran, dass klassische lokale Medien es wirtschaftlich schwer haben: geringere Auflage, niedrigere Abo- und Werbeeinnahmen. Der *Des Moines Register* verkaufte zu Hochzeiten täglich 250 000 Zeitungen. Heute ist es etwa ein Zehntel davon. Das Non-Profit-Modell schien für manche ein Ausweg aus der Misere zu sein.

Trotzdem geht das Zeitungssterben voran. Laut dem Verband Rebuild Local News (RLN) haben in den letzten 20 Jahren 3200 Lokalzeitungen dicht gemacht. Knapp 6000 gibt es noch, der Großteil Wochenzeitungen. Laut einer Studie der Northwestern University haben 208 Counties gar keine Zeitungen mehr. „News Deserts“ nennt RLN diese Gebiete. Mehr Geldverschwendung der Verwaltung, mehr Korruption oder eine stärkere Polarisierung zitiert RLN Studien zu Auswirkungen dieser Nachrichtenwüsten.

Aber was hat Trump von alldem? Der habe rund 90 Prozent dieser News-Desert-Counties gewonnen, sagt Franklin. Außerdem wolle Trump, dass niemand den Medien glaubt, wenn sie ihn kritisieren. „Es geht um Macht“, ist sich Felix sicher. Medien wie *CA* bedrohten den Status Quo. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müssten sich lokale Medien besser vernetzen, fordert Alvarez. Denn neben den schon seit Jahren bekannten wirtschaftlichen Problemen kommt ein neues Problem hinzu: Eine Regierung, welche die Pressefreiheit lokaler Medien attackiert.

Felix Biermayer ist freier Lokaljournalist im Schwarzwald und war 2024 mit dem Daniel-Haufler-Stipendium der taz Panter Stiftung in den USA.

Eduardo Sestoso

1967–1. 5. 2018: Der philippinische Radiojournalist des Senders 91.7 FM in Dumaguete City im Süden der zentralen Insel Negros wurde auf dem Heimweg von der Arbeit von mehreren unbekannten Schützen angeschossen. Er überlebte nur noch einen weiteren Tag im Krankenhaus. Sestoso war der bereits neunte Journalist, der unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte (2016–2022) **ermordet** wurde, der 182. seit dem Jahr 1986. Die Täter werden dort so gut wie nie gefasst, geschweige denn verurteilt.
Künstler: Christian Scharfenberg

Austin Bennett Tice

Der US-Amerikaner reiste im Mai 2012 31-jährig als freier Journalist nach Syrien. Er war einer der wenigen ausländischen Reporter, die während der Intensivierung des Bürgerkrieges vor Ort waren. Am 13. August 2012 wurde er nahe Damaskus **entführt**. Die US-Regierung nimmt an, dass er vom damaligen Assad-Regime oder von ihm nahen Gruppen entführt wurde. Die Assad-Regierung erklärte, sie habe keine Informationen. Es gibt auch 2025 **kein Lebenszeichen von ihm**, auch wurden keine sterblichen Überreste von ihm gefunden.
Künstlerin: Carole Isler

Jelena Milaschina

Die russische Investigativjournalistin der unabhängigen Zeitung *Nowaja Gaseta* setzte u.a. in Tschetschenien die Recherchen ihrer 2006 ermordeten Kollegin Anna Politkowskaja fort. 2006 wurde Milaschina erstmals im nordossetischen Beslan angegriffen, 2012 erneut nahe Moskau. Im Juli 2023 wurden Milaschina und ihr Rechtsanwalt kurz nach ihrer Ankunft in Grosny **zusammengeschlagen und schwer verletzt**. Vermummte brachen Milaschina mehrere Finger und lösten mit Schlägen ein Hirntrauma aus, wie später in einem Krankenhaus festgestellt wurde. *Künstler: Steff Murschetz*

„Benenne die Lüge, bleib bei den Fakten“

Journalismuskonferenz in Italien diskutiert Strategien, wie die große Medienmacht der Techtitanen gebrochen werden kann

Aus Perugia
Gemma Terés Arilla

„Wir sind keine Opposition, und es geht nicht um unseren Namen Associated Press (AP): Es geht um den Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit“, sagte Julie Pace, Chefredakteurin der US-Nachrichtenagentur beim Internationalen Journalismusfest in Perugia Mitte April. Nur zwei Tage zuvor hatte ein Bundesrichter das Weiße Haus angewiesen, der AP wieder uneingeschränkten Zugang zu Veranstaltungen von Donald Trump zu gewähren – gestützt auf den Ersten Verfassungszusatz.

Vom 9. bis 13. April war Perugia Treffpunkt internationaler Medienschaffender, darunter viele aus den USA. Debattiert wurde unter anderem über Trumps neuen Umgang mit Medien, die „KI-Kaiser aus dem Silicon Valley“ und das verlorene Vertrauen in den Journalismus.

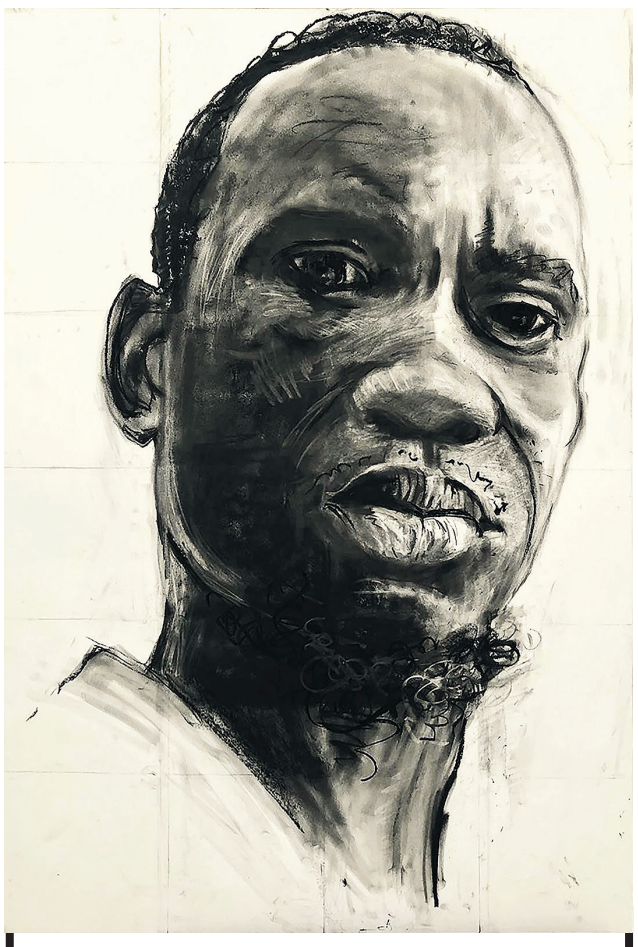
Ursprünglich sollte an dieser Stelle der Beilage ein Gastbeitrag aus dem Umfeld der *New York Times* stehen. Doch dort herrscht Zurückhaltung gegenüber öffentlicher US-Kritik. Diese Atmosphäre beschrieb Anya Schiffrin, Direktorin der Spezialisierung Technologie, Medien und Kommunikation an der Columbia University in New York: „Viele meiner Student*innen haben Angst, eine Petition zu unterschreiben oder gar zu twittern. Sie kommen zu mir ins Büro und fragen: ‚Was kann ich tun?‘“ Schiffrins Antwort: Medien abonnieren, unabhängigen Journalismus finanzieren – „Kauf die *New York Times*!“ Die Medienvereinnahmung unter Trump und Elon Musk sei schlimmer als das, was sie in bisher drei Büchern zum Thema je geschrieben habe: „Es handelt sich um die vollständige Übernahme der Regierung durch Technofaschisten.“

Clayton Weimers von Reporter ohne Grenzen USA forderte angesichts der „existenziellen Bedrohung durch Big Tech“ ein Umdenken: „Technologie darf nicht bloß als Rubrik behandelt werden – sie ist eine politische Bewegung.“ Auch Courtney Radsch vom Center for Journalism and Liberty betonte, wie wichtig kritische Tech-Berichterstattung mit tiefgreifenden Fragen sei: „Wir sprechen zu wenig darüber, dass diese Titanen menschenfeindlich sind.“ Whistleblower Christopher Wylie nannte die „Tech Bros“ eine gefährliche Sekte mit unermesslicher Macht: „Im Silicon Valley wächst die Ideologie des Anti-Humanismus.“

Während Schiffrin beklagte, die USA hätten vor 20 Jahren versäumt, gute Regulierung zu schaffen, sah Radsch rechtliche Grundlagen durchaus vorhanden – sie müssten nur endlich durchgesetzt werden. Werkzeuge wie Urheberrecht und Transparenzgesetze könnten helfen, die Macht der Techgiganten zu brechen. Dass Regulierung möglich sei, zeige das Beispiel Brasilien, wo der Oberste Gerichtshof 2024 die Plattform X zeitweise blockierte.

In Perugia sprach auch die philippinische Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa, Mitgründerin des investigativen Mediums *Rappler*. Tech-Riesen wie Mark Zuckerberg seien größere Diktatoren als Duterte, so Ressa. Sie unterrichtet derzeit an der Columbia University und forderte mehr zivilgesellschaftliches Engagement – auch in Europa: „Wenn wir heute nicht handeln, werden wir morgen nicht zurückgewinnen, was wir heute verlieren.“ Gegen Desinformation empfahl sie: „Benenne die Lüge, bleib bei den Fakten, gib immer Kontext.“

Gemma Terés Arilla leitet die taz Panter Stiftung. Zuvor war sie taz-Auslandsredakteurin.



Romelson Vilcin

Er war in Haiti Korrespondent für den Radiosender Génération 80 und arbeitete auch für JIM Studio und Zeneyz TV. Am 30. Oktober 2022 forderte er mit anderen Journalisten vor dem Polizeirevier Delmas 33 in der Hauptstadt Port-au-Prince die Freilassung eines zu Unrecht inhaftierten Journalistenkollegen. Die Polizei versuchte, sie mit Tränengas und Schlägen zurückzudrängen. Ein **Tränengasgeschoss** traf Vilcin am Kopf, woraufhin er im Hof der Polizeistation zu Boden fiel. Erst nach zwei Stunden brachte ihn die Polizei ins Hospital, wo **er starb**. *Künstlerin: Susanne Köhler*

„Wir sind optimistisch!“

New York hat seit drei Jahren mit „Hell Gate“ ein alternatives Onlinemagazin. Sein Co-Gründer Nick Pinto erklärt die Vorteile einer Publikation in der Hand ihrer Mitarbeitenden

Interview **Lukas Hermsmeier**

taz: Wie kam es zur Gründung von *Hell Gate*?

Nick Pinto: Wir alle haben früher bei alternativen Magazinen wie *Village Voice* oder für Blogs wie Gothamist und Gawker gearbeitet – Medien, die meinungsstark, dreist, witzig und aggressiv-machtskeptisch drauf waren. Doch sind all diese Publikationen gestorben. Wir haben sie einfach vermisst und dachten, dass es den Leser:innen auch so geht.

taz: Was steckt hinter dem Namen?

Pinto: Die offizielle Antwort ist, dass wir nach der stabilsten Brücke New Yorks benannt sind: Hell Gate Bridge. Die inoffizielle Antwort: Wir dachten, es wäre ziemlich *metal*, müsste der Bürgermeister bei Pressekonferenzen die Worte „Hell Gate“ (Höllentor) in den Mund nehmen.

taz: Was ist eine typische *Hell-Gate*-Geschichte?

Pinto: Kürzlich war eine Reporterin unterwegs, um herauszufinden, was die New Yorker über Luigi Mangione denken. Das ist der junge Mann, der wegen Mordes am Chef eines extrem profitablen und verhassten Versicherungsunternehmen angeklagt ist. Unsere Reporterin trug ein T-Shirt mit Mangiones Foto und der Aufschrift „Free my man“. Über die Reaktionen der Leute und die sich entwickelnden Gespräche über das US-Gesundheitssystem schrieb sie dann einen Text.

taz: Bei *Hell Gate* gibt es keine Chefs, den Redakteur:innen gehört das Magazin.

Pinto: Das war uns aus persönlichen Gründen wichtig. Wir mussten in unseren früheren Laufbahnen immer wieder erleben, dass im Management fürchterliche Entscheidungen getroffen wurden. Wir glauben, dass die Leute, die die tatsächliche Arbeit machen, das Sagen haben sollten.

taz: Welche Vorteile hat das?

Pinto: Sehr viele. Die Arbeit macht schon mal mehr Spaß. Wir sind auch näher an den Leser:innen dran, weil sie uns stärker vertrauen. Auch spart man Geld, wenn man nicht verschiedene Managementebenen bezahlen muss. Unsere Entscheidungsfindungsprozesse sind zwar manchmal langsamer, aber wir sind mittlerweile besser darin, uns bei wichtigen Fragen zu einigen. Was die redaktionelle Arbeit betrifft, haben wir mit der Zeit festgestellt, dass es ein bisschen mehr Hierarchie braucht. Zwei von uns behalten als Redakteure den Überblick, die anderen sind vor allem als Reporter:innen im Einsatz.

taz: Ermöglicht eure Eigentümerstruktur auch mehr journalistische Freiheit? Bei der *Washington Post* gab der Besitzer Jeff Bezos ja gerade bekannt, dass es Vorschriften für das Meinungsressort gibt …

Pinto: Ja! Wir Journalist:innen entscheiden, worüber wir wie schreiben. Genau so sollte es auch sein.

taz: US-Präsident Donald Trump greift Journalist:innen persönlich an. Medien werden von Pressekonferenzen ausgeschlossen. Schwindet die Pressefreiheit in den USA?

Pinto: Ja. Das hat aber bislang weniger mit den Maßnahmen der Regierung zu tun als vielmehr mit der Kapitulation vieler Medienunternehmen. Die Eigentümer der *Los Angeles Times* und *Washington Post* haben ihren Redaktionen einen Maulkorb verpasst. Statt die Regierung juristisch zu bekämpfen, geben sich große Publikationen mit Vergleichen ab. Journalist:innen werden in diesen Fällen von Eigentümer:innen verraten. Wir bei *Hell Gate* sind froh, dass wir uns über so etwas keine Gedanken machen müssen.

taz: Neben *Hell Gate* wurden in den letzten Jahren auch andere Medien gegründet, die in der Hand ihrer Mitarbeiter:innen sind. Ein Trend?

Pinto: Ich hoffe, dass weitere dazukommen! Wir werden jedenfalls von Journalist:innen aus dem ganzen Land um Rat gefragt, wie sie ihre eigene Publikation gründen können, und wir helfen natürlich gerne dabei.

taz: Woher kommt denn eigentlich das Geld?

Pinto: Vor allem am Anfang waren wir stark auf die Unterstützung von Philanthrop:innen und Stiftungen angewiesen. Unsere Vision war es aber immer, in erster Linie durch Abos finanziert zu sein – und das haben wir mittlerweile erreicht. Wir verkaufen auch Anzeigen, aber die machen keinen großen Anteil aus. Drei Viertel unserer Erträge kommen durch Leser:innen, durch die wir bislang insgesamt über eine Million Dollar eingenommen haben. Wir konnten jetzt zum zweiten Mal die Redaktion vergrößern. Wir sind optimistisch!

Lukas Hermsmeier arbeitet als freier Journalist in Berlin und New York.

Foto: Tod Seelie/Hell Gate

Nick Pinto (46) ist Journalist in Brooklyn mit Fokus auf Polizei und Justiz. Früher schrieb er für *The Village Voice* und *The New York Times Magazine*.

Die neue Presse unter Trump

In den USA wird die Pressefreiheit unter Donald Trump weiter eingeschränkt. Zugleich bilden sich neue Kanäle und Formen der Einflussnahme: Influencer und Crowdfunding

Von **Martin Seng**

Der US-amerikanische Mediendiskurs gleicht einer Marktschreierei. Alle brüllen wild durcheinander, oft wiederholen sie sich. Lügen, Übertreibungen und Diffamierungen sind die Norm. Der Lärm ist ohrenbetäubend, das Angebot ist spärlich. Während das Geschrei möglichst viele Leute von einer Seite überzeugen soll, haben sich die meisten längst entschieden. So wird um wenige Unentschlossene gebrüllt, gezankt, gekämpft. Und all das, während die lautesten Marktschreier den leisen die Stimme stehlen. Die Lösung? Noch lauter schreien? Nein, es müssen alternative Märkte her.

Die journalistischen Fronten in den USA sind nicht erst seit Trumps zweiter Präsidentschaft verhärtet. Während der Journalismus längst nicht nur dort bedroht ist, zeigt sich besonders in der weltweit ältesten Demokratie seine Aushöhlung. Den Nachrichtenagenturen Associated Press (AP), Bloomberg und Reuters wird der Zutritt zum Weißen Haus verwehrt. Trump verbannt jede kritische Berichterstattung zu seiner Person als „illegal". Fox News und weitere Vertreter der erzrepublikanischen Presse wettern permanent gegen das angeblich demokratische „Establishment". Dazu haben Trump, Vance und Co längst das Potential einer neuen Gruppe erkannt: das Influencertum.

Bereits Ende Januar ließ die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, auch Podcaster und Influencer in den Presseraum. Schon im Wahlkampf nutzte Trump den Moderator Joe Rogan und seinen gleichnamigen Podcast als mitunter wichtigstes Sprachrohr. Nun mobilisiert Pastor Franklin Graham für den Präsidenten die evangelikalen Kräfte in den sozialen Medien, während Influencer wie die Black-Lives-Matter-Gegnerin Candace Owens und Morgonn Blaire McMichael die junge Zielgruppe ansprechen. Als Gen-Z-Stimme nutzt McMichael nicht nur ihre eigenen Kanäle, sondern auch die der erzkonservativen Studierendenorganisation Turning Point USA. Mit reichlich Kalkül ließ Trump sich schon im Wahlkampf mit jungen Influencern wie Logan Paul, The Nelk Boys und Adin Ross sehen und tauchte in deren Livestreams auf.

Doch der trumpsche Griff nach der Influencer-Welt bleibt nicht ohne demokratische Antwort. Künstlerinnen wie Zoe Saldana, Kerry Washington, Jojo Siwa und Yara Shahidi distanzieren sich in aller Öffentlichkeit von Trump und mobilisieren ihre millionenfache Followerschaft. Während sich in den sozialen Medien – das ehemalige Twitter einmal ausgenommen – Positionen gegen Trump noch offen kommunizieren lassen, ist die etablierte Presse im Umbruch.

Verkörpert wird dieser Wandel unter anderem durch die *Washington Post*, die seit über einem Jahrzehnt dem Multimilliardär Jeff Bezos gehört. Mit ihrem Verkauf büßte die Zeitung ihre journalistische Integrität ein, denn Bezos nutzt die Plattform, um seine eigenen wirtschaftlichen Narrative zu setzen. Auch deswegen verließ die langjährige Kolumnistin Jennifer Rubin das Blatt Anfang des Jahres und gründete ihren eigenen trumpkritischen Substack-Newsletter The Contrarian. Der Untertitel – „Not Owned By Anybody" – macht deutlich, wie sehr Rubin auf journalistische Unabhängigkeit setzt. Nach gerade einmal vier Monaten hat sie den Zuspruch von über einer halben Million Abonnent:innen.

Dieser von der Öffentlichkeit schwarmfinanzierte Journalismus ist eine junge, aber erfolgreiche Alternative zu den üblichen Kanälen. Prodemokratische Plattformen wie MeidasTouch, The Majority Report und The Young Turks finanzieren sich zum Großteil durch Crowdfunding, beeinflussen die US-amerikanische Medienlandschaft und sind mit ihren Moderator:innen selbst Teil des Influencertums. Cenk Uygur, der Gründer und CEO von The Young Turks, meint: „Die Pressefreiheit in Amerika war großartig, bis Trump kam. Jetzt verklagt er die Medienunternehmen, die ihn kritisieren, und bedroht ihre Lizenz. Er ist ein klassischer autoritärer Tyrann."

Martin Seng ist freier Journalist in Trier und Berlin mit Fokus auf Medien, Propaganda und Politik.

Viktorya Roschtschyna

1996–2024: Die ukrainische freie Journalistin berichtete u.a. aus Mariupol und Saporischschja. Als sie aus der russisch besetzten Ostukraine berichten wollte, wurde sie dort im August 2023 **vom Geheimdienst FSB verhaftet**. Russland erklärte im Oktober 2024, dass sie im September 2024 **gestorben** sei. Die Leiche wurde erst im Februar 2025 von Russland übergeben, wies Spuren von **Folter** auf, und **Organe waren entnommen worden**. *Künstlerin: Susanne Köhler*

„Unser rechtlicher Rahmen beruhigt mich"

Die US-Verfassung biete noch guten Schutz vor Trumps Angriffen auf die Presse, sagt der Juraprofessor Russell Miller. Es gebe aber einen Trend gegen etablierte Präzedenzfälle

Interview **Leon Holly**

taz: Die Trump-Regierung greift die Pressefreiheit in den USA an mehreren Fronten an. Wie solide sind die gesetzlichen Garantien?

Russell Miller: Ich bin noch ziemlich zuversichtlich, was den rechtlichen Rahmen zum Schutz der Pressefreiheit angeht. Ich möchte nicht das Thema wechseln, aber in gewisser Weise sind die nichtrechtlichen Herausforderungen für die Presse im Moment viel bedrohlicher. Es gibt eine Zersplitterung der Medien, da die sozialen Medien eine immer größere Rolle spielen, und dazu eine größere Konzentration bei den Eigentümern der Medien. Dazu kommt das allgemeine Misstrauen. In unserem System haben wir sogar fast eine Kultur der Feindseligkeit gegenüber den Medien. Und gegen diese soziokulturelle Erosion kann das Rechtssystem nicht viel ausrichten.

taz: Dennoch braucht ein System rechtliche Leitplanken. Eine ziemlich gute scheint der erste Zusatzartikel zur Verfassung zu sein, in dem die Redefreiheit festgeschrieben ist.

Miller: Genau. Der erste Verfassungszusatz beschäftigt sich mit dem, was wir „prior restraint" nennen. Das geht bis auf die amerikanische Revolution zurück. Davor beurteilte der König, was veröffentlicht werden durfte, und erteilte Lizenzen für bestimmte Inhalte. Davor bietet die Verfassung einen fest verankerten Schutz.

taz: Könnte man dieses Prinzip auf den Fall der Associated Press anwenden, deren Journalisten Trump aus dem Oval Office verbannt hat, weil sie sich weigerten, den Begriff „Golf von Amerika" zu übernehmen?

Miller: Stellt man es so dar, dass der Ausschluss einer Journalistin aus dem Pressepool sie daran hindert, eine bestimmte Nachricht zu berichten, könnte das diesen Schutz gegen Zensur und „prior restraint" berühren. Eine ebenso wichtige Doktrin des ersten Verfassungszusatz ist die „chilling doctrine". Der Gedanke dahinter: Die Politik geht nicht gegen die Berichterstattung eines einzigen Journalisten vor und wirkt daher auf den ersten Blick neutral. Aber sie schreckt eine mögliche Rednerin ab, bringt sie zum Nachdenken: Wird das, was ich tun will, rechtliche Folgen haben? Es gibt auch einige neuere Fälle, die sich nicht auf den Ersten Verfassungszusatz berufen, sondern auf den Fünften, der ein rechtstaatliches Verfahren garantiert.

taz: Nennen Sie ein Beispiel.

Miller: Ich denke da an „CNN v Trump" im Jahr 2018. Der Reporter Jim Acosta wurde aus dem Weißen Haus geworfen, weil er unangenehme Fragen gestellt hatte, woraufhin das Gericht anordnete, dass sein Pressezugang wieder hergestellt werden muss. Nicht so sehr wegen des Ersten Verfassungszusatzes, sondern wegen dieses Rechtsstaatlichkeitsbegriffs in unserer Verfassung, der besagt, dass der Staat nicht willkürlich oder aus Animosität handeln darf. Wenn wir über die Versuche der Trump-Regierung reden, Journalisten auszuschließen, überzeugt und beruhigt mich dieser rechtliche Rahmen.

taz: Eine weitere Taktik der Regierung ist es, Medienhäuser mit kostspieligen Verleumdungsklagen anzugreifen. Es gibt das Urteil im Fall „*New York Times* v Sullivan" aus dem Jahr 1964, in dem der Oberste Gerichtshof das Recht von Amtsträgern, wegen Verleumdung zu klagen, stark eingeschränkt hat. Es besteht jedoch die Sorge, dass ein neues Urteil diesen Präzedenzfall aufheben oder verwässern könnte.

Miller: Das Urteil „NYT v Sullivan" ist sehr eindeutig. Es ist wiederholt angewandt worden. Es ist ein Grundpfeiler unserer Rechtssprechung. Und so wie Präzedenzfälle hier in den USA funktionieren, sollte das Urteil für immer bindend sein. Eine große neue Studie von mir zeigt aber, dass das Oberste Gericht ein neues Verständnis davon hat, wie verbindlich Präzedenzfälle sein sollten. Wir haben wiederholt wichtige Entscheidungen gesehen, in denen das Gericht etablierte Präzedenzfälle gekippt hat. Die Dobbs-Entscheidung hat etwa „Roe v Wade" gekippt und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abgeschafft.

taz: Wo sehen Sie Verbesserungsbedarf im Rechtssystem?

Miller: Ich würde gern ein Recht auf Nachrichtenbeschaffung sehen. Etwa eine Mischung aus dem Ersten Verfassungszusatz und dem Recht auf ein rechtstaatliches Verfahren, die besagt, dass man mich als Journalisten nicht daran hindern darf, Informationen zu sammeln, zu berichten und mein Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben. Da würde ich gerne eine stärkere Grundlage sehen.

Leon Holly war bis Ende 2024 taz Panter-Volontär und verbrachte seine Außenstation in den USA. Nun ist er taz-Redakteur.

Foto: privat

Russell Miller ist Professor für Recht an der Washington and Lee University School of Law in Virginia. Ein Schwerpunkt seiner Forschung ist das US-Verfassungsrecht.

Der Krieg um Informationen

Die Infowars zwischen Aufklärung, Propaganda und Fadenkreuz haben sich vom Vietnamkrieg, der erstmals in die Wohnzimmer übertragen wurde, zu heutigen Konflikten mit Blogs und Telegram-Kanälen gewandelt

Von **Johanna Roering**

Moderne Kriege sind unübersichtlich: Schlachtfelder sind weit verteilt, Waffen werden aus Tausenden von Kilometern Entfernung bedient und Kriegspropaganda hat mehr mediale Schauplätze als je zuvor. Von Kriegsberichterstatter*innen erhoffen wir uns zu erfahren, was in jenen chaotischen Verhältnissen wirklich passiert, wer im Verborgenen leidet und wer dafür verantwortlich ist. Im Vietnamkrieg klärten US-amerikanische Journalist*innen die Öffentlichkeit zuhause nicht nur über die Gräueltaten des amerikanischen Militärs auf, sie halfen, mit ihrer Berichterstattung eine Kehrtwende im Krieg herbeizuführen. In Zeiten von Desinformation, politisierten Medien und enormer Gewalt gegen Journalist*innen haben einzelne Fotos oder Berichte kaum mehr solch eine Wirkkraft. Wir Lesenden müssen Medienkompetenz und kritische Distanz mitbringen, um uns selbstständig eine Meinung zu bilden.

Kriegsberichterstattung und staatliche Kriegspropaganda haben ein ambivalentes Verhältnis zueinander: Militär und Staat sind für die öffentliche Meinungsbildung auf Journalist*innen angewiesen. Journalist*innen profitieren häufig von neuen technologischen Entwicklungen, auch vorangetrieben durch Militärtechnologie. Das Militär ist Schutz, Bedrohung und Zensurbehörde zugleich.

Im Vietnamkrieg verschränkten sich mediale Entwicklung und Kriegsberichterstattung: Mitte der 1960er Jahre hatten viele amerikanische Familien schon einen Fernseher und der Krieg wurde über abendliche Nachrichten in die Wohnzimmer getragen. Diese Nachrichten wiederholten offizielle Aussagen, die das U. S. Public Affairs Office in Saigon veröffentlicht hatte. Doch auch wenn viele Journalist*innen in Saigon blieben, nutzten einige das militärische Transportsystem, um sich frei in den Kriegsgebieten zu bewegen und die Zensur zu umgehen. So gelang es dem Fotografen Ron Haeberle 1968, das Massaker von Mai Lai zu dokumentieren, dessen grausame Bilder das Image der rechtschaffenen US-Intervention in Vietnam in Frage stellten.

Vietnam ist ein Beispiel, in dem Kriegsberichterstattung dazu beitrug, die öffentliche Meinung gegen den Krieg zu wenden. Dennoch blieben viele Journalist*innen dem übergeordneten amerikanischen Narrativ treu. Sie berichteten aus westlicher Perspektive, individualisierten das Leiden amerikanischer Soldaten und stellten Vietnamesen häufig als passive, anonyme Opfer oder als hinterlistige Feinde dar.

Nach der Niederlage in Vietnam stellte das US-Militär seinen Umgang mit Berichterstattung komplett um. Während der Invasion Panamas 1989 und im ersten Golfkrieg 1991 baute das Militär ein Poolsystem auf, in dem ausgewählte Kriegsberichterstatter*innen von Soldaten an vorbereitete Kriegsschauplätze gebracht wurden. Dies führte dazu, dass Journalist*innen häufig erst nach Gefechten an die Schauplätze gelangten und das Militär ein sauberes Bild vom Krieg vermitteln konnte. Gleichzeitig hatten sich aber Medientechnologien weiterentwickelt und Nachrichtensender wie CNN konnten in Echtzeit aus dem Krieg berichten. Es konnte hautnah und direkt berichtet werden, doch aufgrund militärischer Kontrolle waren inszenierte oder kontextlose Bilder zu sehen. Medientheoretiker wie Jean Baudrillard kommentierten damals, dass nun die Selbstinszenierung der Nachrichtenmedien der eigentliche Inhalt der Kriegsberichterstattung geworden war. Sie vermittelte vermeintliche Live-Erfahrungen und Authentizität.

Nach dem ersten Golfkrieg wurde von Pressevertretern und Öffentlichkeit mehr Transparenz gefordert. Die Glaubwürdigkeit von Kriegsberichterstatter*innen war ins Wanken geraten. Im Irakkrieg 2003 wurden Journalist*innen daraufhin in Einheiten integriert und konnten die Kriegshandlungen live miterleben. Es entstand der Eindruck, dass die Journalist*innen vor Ort und unverfälscht berichten könnten. Doch das sogenannte Embedding erlaubte den Reporter*innen kaum, Zusammenhänge zu verstehen, da sie in kontrollierter Umgebung einer Gruppe zugeteilt waren. Darüber hinaus identifizierten sie sich mit den Einheiten, denn sie waren auf sie angewiesen. Die Berichte reproduzierten die westliche Perspektive. Wieder dominierte das Medienspektakel die Berichterstattung und ziviles Leiden und komplexe Berichterstattung standen nicht im Vordergrund.

> **Instagram-Reels zeigen ziviles Leiden, Militärblogger kommentieren den Kriegsverlauf, doch angesichts von KI und Deepfakes bleiben die Fakten stets unklar**

Eine Antwort auf diese Probleme der etablierten Berichterstattung waren digitale Medien. Schon im Kosovokrieg 1998 hatte es E-Mail-Verteiler und Websites gegeben, durch die Reporter*innen unzensiert berichteten. Im Irakkrieg 2003 konnte die Öffentlichkeit bei Bloggern wie Salam Pax direkt miterleben, wie es war, in Bagdad auf die US-Invasion zu warten. Der Infanterist Colby Buzzell beschrieb Gefechte aus nächster Nähe und postete das direkt in seinem Blog. Military Blogger in den USA lieferten die militärstrategische und politische Analyse. Soziale Medien schienen endlich die Nähe und Unverfälschtheit zu liefern, nach denen sich das westliche Publikum nach den Medienspektakeln am Ende des 20. Jahrhunderts sehnte.

Doch spätestens seit dem Ukrainekrieg wurden diese digitalen Augenzeugenberichte und sozialen Medien Teil eines komplexen Infowars, den Medienkonsument*innen kaum noch durchschauen können. Die Kriegsparteien zensieren die Berichterstattung streng und sind gleichzeitig in einen umfassenden Informationskrieg verwickelt, der auf vielfältigen Kanälen stattfindet und mit psychologischer Kriegsführung arbeitet. Telegram-Kanäle werden zu Informationsquellen, Instagram-Reels zeigen ziviles Leiden, Milblogger*innen und Journalist*innen kommentieren – doch in einer Welt von KI und Deepfakes ist die Faktizität stets unklar. Die etablierten Medienhäuser scheinen in nationalen Kriegsnarrativen verfangen.

Zensur, Desinformation und eine politisierte Medienlandschaft charakterisieren auch den aktuellen Konflikt in Gaza. Nachrichtenorganisationen, die aus Israel oder Gaza über den Krieg berichten wollen, müssen ihr Material durch das israelische Militär zensieren lassen. Auch die Hamas erlaubt keine unabhängige Berichterstattung. Noch viel schwerer wiegt jedoch, dass Kriegsberichterstatter*innen in diesem Krieg selbst zu Zielen geworden sind und das israelische Militär anscheinend gezielt Journalist*innen tötet. Fast 200 sind in diesem Krieg bereits ermordet worden.

Im Vietnamkrieg konnten Kriegsberichterstatter*innen einen Beitrag zur Aufklärung und Beendigung des Kriegs leisten. Nun müssen wir Medienkonsument*innen ihnen zur Seite stehen, nicht nur, indem wir das Ende der Journalist*innenmorde fordern, sondern auch, indem wir unsere Medienkompetenz schärfen. Jede*r von uns kann Quellen nachverfolgen, ihre Glaubwürdigkeit bewerten und investigativen Journalismus finanziell unterstützen. Wir können stereotype Feindbilder ablehnen und verharmlosenden Militärjargon erkennen. Wir müssen immer die Möglichkeit der Fälschung im Hinterkopf haben und die eigene Medienblase auf der Suche nach zuverlässiger Berichterstattung verlassen. Dann können Kriegsberichterstatter*innen wieder dazu beitragen, unsere Meinung zu einem Krieg gewissenhafter zu bilden.

Johanna Roering ist Amerikanistin und hat zum Thema Military Blogs an der Universität Tübingen promoviert.

Serkan Sedat Güray

Der in der Türkei preisgekrönte Radiojournalist wurde 2016 festgenommen unter dem Vorwurf, auf Twitter Staatspräsident Erdoğan zu beleidigen. Güray bestritt dies und kam auf Bewährung frei. Im Februar 2017 wurde er erneut festgenommen wegen angeblicher Terrorpropaganda im Radio. Es dauerte allein 16 Monate bis zu einer Anklageschrift. Güray wartet in Haft immer noch auf ein Urteil.

Künstlerin: Christina Hermann

Rangliste der Pressefreiheit 2025

Rang (Veränderung zum Vorjahr)		Getötet (Verschwunden)	Inhaftiert
Ukraine	**62** (-1)	2	0
Haiti	**111** (-18)	2 (1)	0
Israel	112 (-11	0	39
Mexiko	**124** (-3)	4 (29)	0
Libanon	**132** (+8)	2 (1)	0
Hongkong	140 (-5)	0	12
Bangladesch	**149** (+16)	5	10
Sudan	**156** (-7)	8 (1)	8
Pakistan	**158** (-6)	7 (2)	4
Türkei	159 (-1)	0 (1)	13
Saudi-Arabien	162 (+4)	0 (1)	26
Paläst. Gebiete	**163** (-6)	27 (2)	4
Belarus	166 (+1)	0	62
Myanmar	**169** (+2)	3 (2)	70
Russland	**171** (-9)	1 (7)	47
Vietnam	173 (+1)	0	38
Afghanistan	175 (+3)	0 (1)	20
Iran	176 (0)	0 (7)	36
Syrien	**177** (+2)	1 (10)	24
China	178 (-6)	0 (1)	115
Weltweit		71 (117)	769

In fett: die tödlichsten Länder für Journalist*innen 2024
Erfassungszeitraum 1. 1.–31. 12. 2024
Quelle: Reporter ohne Grenzen, Stand: 22. April 2025

taz grafik: planet-neun.de | L.N.

impressum

Konzept und Redaktion: Sven Hansen, Gemma Terés Arilla und Leon Holly
Online-Fotoredaktion: Christian Jungeblodt
Übersetzungen: Sven Hansen
Layout: Nadine Fischer
Dokumentation: Sigrid Deitelhoff
Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

taz panterstiftung

WE CARE

Das Refugium Auszeit-Stipendium.

Verfolgte Journalist*innen aus Belarus, Venezuela und Mexiko sind in diesem Jahr zu Gast in Berlin, um eine dringend benötigte Auszeit zu nehmen.

Das Refugium Auszeit-Stipendium ist ein gemeinsames Projekt von Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung.

RSF Reporter ohne Grenzen

Spenden unter:
www.taz.de/spenden
oder
GLS-Bank Bochum
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00